

Redebeitrag der BL Nidda zu TOP 10 der Stv.Vers. am 09.05.2017, Stellungnahme zum TPEE des Regionalplans Südhessen (2. Offenlegung), Bernd Schoeps, Fraktionsvorsitzender

Es ist müßig, die Chronologie des gesamten Planverfahrens nochmal aufzurollen. Am Ende des Tages bleibt für die Bürgerliste allerdings die Frage: Was war für uns, die Stadt Nidda und als deren Entscheidungsträger für diese Stadtverordnetenversammlung eigentlich der Plan?

Die Erträge aus der Energiewende in die Kommune, sprich die Stadtkasse zu lenken? Wir erinnern uns: In der ersten Offenlage war für das Gebiet der Stadt Nidda nur eine kleine Fläche von 15 ha ausgewiesen. Tenor: Zu wenig Wind.

Aber wir haben im Gegenstromverfahren versucht, weitere Flächen zu finden, um dem Landesziel von 2% Flächenanteil für Vorranggebiete auch in Nidda gerecht zu werden. Der Abschlussbericht des beauftragten Büros NaturProfil als dessen Ergebnis ist uns allen mittlerweile geläufig.

Mit diesem Vorgehen hat die Stadt Nidda landesweit Leuchtturmfunktion entwickelt. Allerdings ein recht teurer Leuchtturm, und es ist zweifelhaft, ob da überhaupt Licht brennt, denn es wurde schnell klar, dass die Stadt selbst nicht im Besitz geeigneter Flächen ist.

Zur Qualität des Abschlussberichts im Bereich Artenschutz nur ein paar Anmerkungen:

In der vertiefenden Bewertung Avifauna ist zu lesen: „Im Stadtgebiet von Nidda bilden die Horloffaue und die Nidda-Aue südlich der Kernstadt bedeutende Zugvogel-Rastgebiete und wurden aus unterschiedlichen Gründen bereits aus der Standortanalyse für Windkraftnutzung ausgeschlossen. Weitere Sammel- oder Nahrungsgebiete oder Hauptflugkorridore mit hohen Zugvogeldichten liegen im Stadtgebiet Nidda nicht vor.“

Wie geht das überein mit Aufstellungen vom herbstlichen Vogelzug 2014 über dem Raumertswald bei Schwickartshausen, in denen in knapp einer Stunde annähernd 1000 Zugvögel dokumentiert sind und an zwei weiteren Tagen in ebenso kurzer Zeit 700 bzw. 200 Kraniche auf dem Zug Richtung Winterquartier? Sicher weiß NaturProfil die Antwort.

Es gibt genaue Aufstellungen über Flugbewegungen von Großvögeln, die in den Abschlussbericht aufgenommen wurden. So fliegen im Juli **täglich** Schwarzstörche aus Richtung Hillersbach über die geplante Fläche, das Offenland und die Ortslage Schwickartshausen, um Nahrungshabitate anzusteuern. Leseprobe NaturProfil: „... es handelt sich um die bei Eichelsachsen brütenden Tiere, die ab Mitte Juli mit ihren flüggen Jungen die Bindung an den Horststandort aufgeben und im Gebiet umher streifen, bzw. um Tiere, die bereits auf dem Wegzug sind.“ Heißt das, die haben da eigentlich nichts zu suchen? Und weiter: „Die Beobachtungen durch Anwohner wurden 2016 fortgesetzt und sind untenstehend nachrichtlich wiedergegeben. Während der eigens durchgeführten Untersuchungen wurde die Art nicht beobachtet.“ An wieviel Tagen hat NaturProfil untersucht?

Etwa an genau so vielen, wie seinerzeit bei den Fledermausuntersuchungen, nämlich dazu in drei bis vier Nächten, was wir bereits damals als wissenschaftlichen Unfug und Geldverschwendung entlarvt hatten. Egal, es wurde trotzdem gemacht.

Während die Arbeitsgemeinschaft Fledermausschutz Hessen des NABU für die Wochenstube des Großen Mausohrs in der Kirche Schwickartshausen einen stabilen Bestand von „600 Weibchen“ bestätigt, finden sich im Abschlussbericht nur 400-500. Die Arbeitsgemeinschaft spricht beim

Raumertswald von einem bevorzugten Nahrungshabitat dieser Art. Bei NaturProfil klingt das so: „ Für das Große Mausohr bildet die Potentialfläche nur einen kleinen Teil eines ausgedehnten Jagdreviers innerhalb eines Umkreises von üblicherweise 5 – 15 km um eine Wochenstubenkolonie. Zudem erwies sich die Waldstruktur innerhalb der Potentialfläche nicht als idealtypisch für Große Mausohren.“ Zur Erläuterung: Die Wochenstube in der Kirche Schwickartshausen ist die größte im Wetteraukreis und hat landesweit große Bedeutung.

Die Beispiele, meine Damen und Herren, ließen sich beliebig fortsetzen und weil das so ist, sind nach dem im Ausschuss mehrheitlich geänderten Beschlussvorschlag die abgegebenen Stellungnahmen der Ortsbeiräte integraler Bestandteil der heute zu beschließenden Stellungnahme der Stadt Nidda.

Zum Thema Naturschutz, der im Abschlussbericht etwas zu kurz kommt, möchte ich nur aus dem Positionspapier des NABU „Naturverträgliche Nutzung der Windenergie an Land und auf See“ vom März 2017 zitieren, das einen Paradigmenwechsel darstellt. Auf Seite 5 findet sich der folgende Kernsatz: „ Bei folgenden Waldflächen (...) ist eine Windenergienutzung ausgeschlossen: naturnahe Wälder, über 100 Jahre alte Laub- und Mischwälder sowie Wälder, in großen unzerschnittenen verkehrsarmen Räumen.“

Schauen Sie sich nochmal die bei uns ausgewiesenen Gebiete an, meine Damen und Herren, da erübrigen sich weitere Nachfragen.

So viel zu Arten- und Naturschutz. - Menschenschutz??? Fehlanzeige, der kommt nicht vor!

Offensichtlich geht es nur um die Umsetzung eines definierten politischen Ziels, dem alles andere untergeordnet wird. Im Koalitionsvertrag der Landesregierung, der im Bereich Ausbau der Windenergie sicher von Bündnis 90/Die Grünen bestimmt ist, liest sich das wie folgt:

„Wir wollen die Windenergie in Hessen deutlich ausbauen und haben uns daher zum Ziel gesetzt, 2 Prozent der Landesfläche zu Vorrangflächen (...) auszuweisen. (...) Sollte dieses Ziel auch nach der Beschlusslage (nämlich der Regionalpläne) nicht realisiert werden können, wird die Koalition den Sachverhalt neu bewerten und zeitnah geeignete Maßnahmen zur Erreichung des 2-Prozent-Ziels ergreifen. Dazu gehört gegebenenfalls auch eine Änderung des Landesentwicklungsplans.“ (Zeilen 825-832)

Und genau das begleitet uns während des gesamten Planverfahrens: Gerät die Zielplanung in Gefahr, wird an den Kriterien geschraubt! Aber so schafft man keine Rechts- und Planungssicherheit für Bürger und Kommunen, meine Damen und Herren. So wird unser gesamtes Gegenstromverfahren ad absurdum geführt. Außer Spesen nichts gewesen.

Zu guter Letzt und damit zurück zum Anfang: Bei einer theoretischen Windhöflichkeit (nach Windatlas Hessen) von 5,75 m/sec oder gar darunter in allen ausgewiesenen Gebieten verbietet sich eine weitere wirtschaftlich sinnvolle Planung. Die Bürgerliste jedenfalls lehnt Geschäftsmodelle ab, die auf Abschreibung und Subventionen basieren, denn die bezahlen schlussendlich wir alle, die Bürgerinnen und Bürger.

Unsere Aufgabe ist aber lediglich, für den im Ausschuss bearbeiteten und mehrheitlich beschlossenen Vorschlag heute in dieser Stadtverordnetenversammlung eine Mehrheit zu finden. Das ist Demokratie, und das sollten wir jetzt tun.